

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 28. April 1995
über den Beitritt der Republik Österreich
zu dem am 19. Juni 1990 unterzeichneten Übereinkommen
zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985
(Gesetz zum Beitritt der Republik Österreich
zum Schengener Durchführungsübereinkommen)**

A. Zielsetzung

Das am 19. Juni 1990 unterzeichnete Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 (im folgenden „Durchführungsübereinkommen“ genannt) regelt die vollständige Aufhebung aller Personenkontrollen an den Binnengrenzen der Vertragsstaaten sowie die Ausgleichsmaßnahmen, die notwendig sind, damit Sicherheitseinbußen durch den Verzicht auf Grenzkontrollen im Interesse der Bürger nicht entstehen. In Artikel 140 sieht das Durchführungsübereinkommen vor, daß jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union diesem Durchführungsübereinkommen beitreten kann. Der Beitritt wird in einem Übereinkommen zwischen diesem Staat und den Vertragsparteien geregelt. Die Italienische Republik, das Königreich Spanien, die Portugiesische Republik und die Griechische Republik sind dem Durchführungsübereinkommen bereits beigetreten. Mit dem am 28. April 1995 unterzeichneten Übereinkommen tritt die Republik Österreich dem Durchführungsübereinkommen bei.

B. Lösung

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf sollen die Voraussetzungen für die Ratifizierung des Beitrittsübereinkommens vom 28. April 1995 geschaffen werden. Es bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes.

Fristablauf: 31. 01. 97

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Zusätzliche Kosten entstehen durch den Beitritt der Republik Österreich grundsätzlich nicht.

2. Vollzugsaufwand

Inwieweit der Beitritt sich kostenmäßig auf die erforderliche Integration Österreichs in das Schengener Informationssystem und andere Ausgleichsmaßnahmen auswirkt, ist zur Zeit noch nicht bezifferbar.

E. Sonstige Kosten

Sonstige Kosten entstehen nicht.

20. 12. 96

In

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 28. April 1995
über den Beitritt der Republik Österreich
zu dem am 19. Juni 1990 unterzeichneten Übereinkommen
zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985
(Gesetz zum Beitritt der Republik Österreich
zum Schengener Durchführungsübereinkommen)

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (123) – 680 00 – Sche 1/96

Bonn, den 20. Dezember 1996

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 28. April 1995 über den Beitritt der Republik Österreich zu dem am 19. Juni 1990 unterzeichneten Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 (Gesetz zum Beitritt der Republik Österreich zum Schengener Durchführungsübereinkommen)

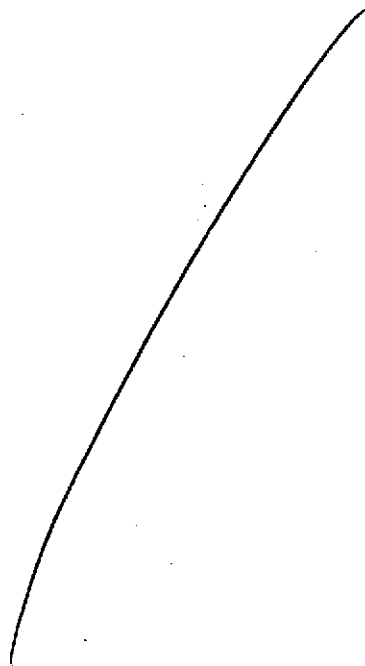
mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 31. 01. 97

970/96



Entwurf**Gesetz**

**zu dem Übereinkommen vom 28. April 1995
über den Beitritt der Republik Österreich
zu dem am 19. Juni 1990 unterzeichneten Übereinkommen
zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985
(Gesetz zum Beitritt der Republik Österreich
zum Schengener Durchführungsübereinkommen)**

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem folgenden Übereinkommen wird zugestimmt:

dem in Brüssel am 28. April 1995 von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen über den Beitritt der Republik Österreich zu dem am 19. Juni 1990 in Schengen unterzeichneten Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der BENELUX-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (BGBl. 1993 II S. 1010), dem die Italienische Republik mit dem am 27. November 1990 in Paris unterzeichneten Übereinkommen, die Portugiesische Republik und das Königreich Spanien mit den am 25. Juni 1991 in Bonn unterzeichneten Übereinkommen (BGBl. 1993 II S. 1902) sowie die Griechische Republik mit dem am 6. November 1992 in Madrid unterzeichneten Übereinkommen (BGBl. 1996 II S. 2542) beigetreten sind, sowie den in der Schlußakte vom 28. April 1995 enthaltenen Erklärungen.

Das Übereinkommen mit der Schlußakte wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 5 Abs. 2 Satz 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

I. Allgemeines

Am 14. Juni 1985 haben die Regierungen der Benelux-Staaten, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland ein Übereinkommen über den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen getroffen. Zu dessen Ausfüllung wurde zwischen den gleichen Vertragsparteien am 19. Juni 1990 das Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 getroffen. Schwerpunkt dieser Übereinkunft ist die Regelung von Ausgleichsmaßnahmen, die gewährleisten sollen, daß der Wegfall von Kontrollen an den Binnengrenzen nicht mit Sicherheitseinbußen verbunden ist. Das Durchführungsübereinkommen ist für die Erstunterzeichnerstaaten Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg und die Niederlande sowie die Beitrittsstaaten Portugal und Spanien in allen Teilen am 26. März 1995 in Kraft gesetzt worden.

Nach dessen Artikel 140 kann jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union dem Durchführungsübereinkommen beitreten. Der Beitritt wird in einem Übereinkommen zwischen diesem Staat und den Vertragsparteien geregelt. Beigetreten sind dem Durchführungsübereinkommen Italien am 27. November 1990, Spanien und Portugal am 25. Juni 1991 und Griechenland am 6. November 1992.

II. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen über den Beitritt nach seinem Artikel 5 Abs. 2 Satz 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

III. Schlußbemerkung

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und private Verbraucher nicht entstehen.

Übereinkommen
über den Beitritt der Republik Österreich
zu dem am 19. Juni 1990 in Schengen unterzeichneten Übereinkommen
zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985
zwischen den Regierungen der Staaten der BENELUX-Wirtschaftsunion,
der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen,
dem die Italienische Republik, das Königreich Spanien
und die Portugiesische Republik sowie die Griechische Republik
jeweils mit den Übereinkommen vom 27. November 1990, vom 25. Juni 1991
und vom 6. November 1992 beigetreten sind

Accord d'adhésion
de la République d'Autriche
à la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985
entre les Gouvernements des Etats de l'Union économique Benelux,
de la République fédérale d'Allemagne et de la République française
relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes
signée à Schengen le 19 juin 1990,
à laquelle ont adhéré la République italienne, le Royaume d'Espagne
et la République portugaise, et la République hellénique
par les Accords signés respectivement
le 27 novembre 1990, le 25 juin 1991
et le 6 novembre 1992

Overeenkomst
betreffende de toetreding van de Republiek Oostenrijk
tot de Overeenkomst ter uitvoering van het tussen de Regeringen van de Staten
van de Benelux Economische Unie,
de Bondsrepubliek Duitsland en de Franse Republiek
op 14 juni 1985 te Schengen gesloten Akkoord
betreffende de geleidelijke afschaffing van de controles aan de gemeenschappelijke grenzen,
ondertekend te Schengen op 19 juni 1990,
waartoe de Italiaanse Republiek, het Koninkrijk Spanje
en de Portugese Republiek, en de Helleense Republiek
bij de Overeenkomsten van respectievelijk 27 november 1990, 25 juni 1991
en 6 november 1992 zijn toegetreden

Das Königreich Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, das Großherzogtum Luxemburg und das Königreich der Niederlande, Vertragsparteien des am 19. Juni 1990 in Schengen unterzeichneten Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der BENELUX-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen, nachfolgend „das Übereinkommen von

Le Royaume de Belgique, la République fédérale d'Allemagne, la République française, le Grand-Duché de Luxembourg et le Royaume des Pays-Bas, Parties à la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 entre les Gouvernements des Etats de l'Union économique Benelux, de la République fédérale d'Allemagne et de la République française relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes signée à Schengen le 19 juin 1990, ci-après dénommée «la Convention de 1990», ainsi que la République italienne, le Royaume d'Espagne et la

Het Koninkrijk België, de Bondsrepubliek Duitsland, de Franse Republiek, het Groot-hertogdom Luxemburg en het Koninkrijk der Nederlanden, Overeenkomstsluitende Partijen van de Overeenkomst ter uitvoering van het op 14 juni 1985 te Schengen gesloten Akkoord tussen de Regeringen van de Staten van de Benelux Economische Unie, de Bondsrepubliek Duitsland en de Franse Republiek betreffende de geleidelijke afschaffing van de controles aan de gemeenschappelijke grenzen, ondertekend te Schengen op 19 juni 1990, hierna genoemd „de Overeenkomst van 1990“, alsmede de

1990" genannt, sowie die Italienische Republik, das Königreich Spanien und die Portugiesische Republik sowie die Griechische Republik, die dem Übereinkommen von 1990 jeweils mit den Übereinkommen vom 27. November 1990, vom 25. Juni 1991 und vom 6. November 1992 beigetreten sind,

einerseits

und die Republik Österreich andererseits

angesichts der Unterzeichnung am achtundzwanzigsten April neunzehnhundertfünfundneunzig in Brüssel des Protokolls über den Beitritt der Regierung der Republik Österreich zu dem Übereinkommen von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der BENELUX-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen, in der Fassung der Protokolle vom 27. November 1990, 25. Juni 1991 und 6. November 1992 über den jeweiligen Beitritt der Regierungen der Italienischen Republik, des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik sowie der Griechischen Republik,

gestützt auf Artikel 140 des Übereinkommens von 1990,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Durch dieses Übereinkommen tritt die Republik Österreich dem Übereinkommen von 1990 bei.

Artikel 2

(1) Für die Republik Österreich sind die Beamten nach Artikel 40 Absatz 4 des Übereinkommens von 1990:

a) Die Organe des Öffentlichen Sicherheitsdienstes, das sind:

- die Angehörigen der Bundesgendarmerie,
- die Angehörigen der Bundessicherheitswachekorps,
- die Angehörigen der Kriminalbeamtenkorps,
- die zur Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt ermächtigten Beamten des rechtskundigen Dienstes bei Sicherheitsbehörden,

b) unter den in geeigneten bilateralen Vereinbarungen nach Artikel 40 Absatz 6 des Übereinkommens von 1990 festgelegten Bedingungen in bezug auf ihre Befugnisse im Bereich des unerlaubten Verkehrs mit Betäubungsmitteln, des unerlaubten Handels mit Waffen und Sprengstoffen und des unerlaubten Verkehrs mit giftigen und schädlichen Abfällen, die Zollbeamten.

(2) Für die Republik Österreich ist die Behörde nach Artikel 40 Absatz 5 des Übereinkommens von 1990: Die Generaldirek-

République portugaise, et la République hellénique qui ont adhéré à la Convention de 1990 par les Accords signés respectivement le 27 novembre 1990, le 25 juin 1991 et le 6 novembre 1992,

d'une part,

et la République d'Autriche, d'autre part,

Eu égard à la signature, intervenue à Bruxelles le vingt-huit avril mil neuf cent quatre-vingt-quinze, du Protocole d'adhésion du Gouvernement de la République d'Autriche à l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 entre les Gouvernements des États de l'Union économique Benelux, de la République fédérale d'Allemagne et de la République française relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes, tel qu'amendé par les Protocoles relatifs à l'adhésion des Gouvernements de la République italienne, du Royaume d'Espagne et de la République portugaise, et de la République hellénique, signés respectivement le 27 novembre 1990, le 25 juin 1991 et le 6 novembre 1992,

Se fondant sur l'article 140 de la Convention de 1990,

sont convenus de ce qui suit:

Article premier

Par le présent Accord, la République d'Autriche adhère à la Convention de 1990.

Article 2

1. Les agents visés à l'article 40 paragraphe 4 de la Convention de 1990 sont, en ce qui concerne la République d'Autriche:

a. les organes du Öffentlichen Sicherheitsdienst, à savoir:

- les agents de la Bundesgendarmerie,
- les agents des Bundessicherheitswachekorps,
- les agents des Kriminalbeamtenkorps,
- les agents du rechtskundige Dienst bei Sicherheitsbehörden, habilités à donner directement des ordres et à exercer la contrainte;

b. les agents des douanes, aux conditions définies dans des arrangements bilatéraux appropriés au sens de l'article 40, paragraphe 6, de la Convention de 1990, en ce qui concerne leurs compétences dans les domaines du trafic illicite de stupéfiants et de substances psychotropes, d'armes et d'explosifs ainsi que du transport illicite de déchets toxiques et nuisibles.

2. L'autorité visée à l'article 40 paragraphe 5 de la Convention de 1990 est, en ce qui concerne la République d'Autriche: la

Italiaanse Republiek, het Koninkrijk Spanje en de Portugese Republiek, en de Helleense Republiek die door middel van de Overeenkomsten van respectievelijk 27 november 1990, 25 juni 1991 en 6 november 1992 tot de Overeenkomst van 1990 zijn toegetreden,

enerzijds,

en de Republiek Oostenrijk, anderzijds,

Gelet op de ondertekening te Brussel, op achtentwintig april negentienhonderdvijfennegentig, van het Protocol betreffende de toetreding van de Regering van de Republiek Oostenrijk tot het Akkoord tussen de Regeringen van de Staten van de Benelux Economische Unie, de Bondsrepubliek Duitsland en de Franse Republiek betreffende de geleidelijke afschaffing van de controles aan de gemeenschappelijke grenzen, ondertekend te Schengen op 14 juni 1985, zoals gewijzigd bij de Protocollen van 27 november 1990, 25 juni 1991 en 6 november 1992 betreffende de toetreding van de Regeringen van respectievelijk de Italiaanse Republiek, het Koninkrijk Spanje en de Portugese Republiek, en de Helleense Republiek,

Gelet op artikel 140 van de Overeenkomst van 1990,

zijn het volgende overeengekomen:

Artikel 1

Bij deze Overeenkomst treedt de Republiek Oostenrijk toe tot de Overeenkomst van 1990.

Artikel 2

1. Voor de Republiek Oostenrijk zijn de ambtenaren als bedoeld in artikel 40, lid 4, van de Overeenkomst van 1990:

a. de organen van de Öffentlichen Sicherheitsdienst, zijnde:

- de leden van de Bundesgendarmerie,
- de leden van het Bundessicherheitswachekorps,
- de leden van het Kriminalbeamtenkorps,
- de tot het bevelen en direct toepassen van dwangmiddelen bevoegde ambtenaren van de rechtskundige Dienst bei Sicherheitsbehörden;

b. onder de in desbetreffende bilaterale overeenkomsten als bedoeld in artikel 40, lid 6, van de Overeenkomst van 1990 vastgestelde voorwaarden met betrekking tot hun bevoegdheden op het gebied van sluikhandel in verdovende middelen en psychotrope stoffen, sluikhandel in wapens en explosieven en illegaal vervoer van giftige en schadelijke afvalstoffen: de douane-ambtenaren.

2. Voor de Republiek Oostenrijk is de autoriteit als bedoeld in artikel 40, lid 5, van de Overeenkomst van 1990: die Generaldi-

tion für die öffentliche Sicherheit im Bundesministerium für Inneres.

Artikel 3

Für die Republik Österreich sind die Beamten nach Artikel 41 Absatz 7 des Übereinkommens von 1990:

- (1) die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes, das sind:
 - die Angehörigen der Bundesgendarmerie,
 - die Angehörigen der Bundessicherheitswachekorps,
 - die Angehörigen der Kriminalbeamtenkorps,
 - die zur Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt ermächtigten Beamten des rechtskundigen Dienstes bei Sicherheitsbehörden,
- (2) unter den in geeigneten bilateralen Vereinbarungen nach Artikel 41 Absatz 10 des Übereinkommens von 1990 festgelegten Bedingungen in Bezug auf ihre Befugnisse im Bereich des unerlaubten Verkehrs mit Betäubungsmitteln, des unerlaubten Handels mit Waffen und Sprengstoffen und des unerlaubten Verkehrs mit giftigen und schädlichen Abfällen, die Zollbeamten.

Artikel 4

Für die Republik Österreich ist das nach Artikel 65 Absatz 2 des Übereinkommens von 1990 zuständige Ministerium: Das Bundesministerium für Justiz.

Artikel 5

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei der Regierung des Großherzogtums Luxemburg hinterlegt; diese notifiziert allen Vertragsparteien die Hinterlegung.

(2) Dieses Übereinkommen tritt in Kraft am ersten Tag des zweiten Monats nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden durch die Staaten, in denen das Übereinkommen von 1990 in Kraft getreten ist, und durch die Republik Österreich.

Für die übrigen Staaten tritt das Übereinkommen am ersten Tag des zweiten Monats nach Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden in Kraft, sofern dieses Übereinkommen gemäß den Bestimmungen des vorhergehenden Absatzes in Kraft getreten ist.

(3) Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg notifiziert allen Vertragsparteien das Datum des Inkrafttretens.

Artikel 6

Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg übermittelt der Regierung der

Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit im Bundesministerium für Inneres.

Article 3

Les agents visés à l'article 41 paragraphe 7 de la Convention de 1990 sont, en ce qui concerne la République d'Autriche:

1. les organes du *öffentliche Sicherheitsdienst*, à savoir:
 - les agents de la *Bundesgendarmerie*,
 - les agents des *Bundessicherheitswachekorps*,
 - les agents des *Kriminalbeamtenkorps*,
 - les agents du *rechtskundige Dienst bei Sicherheitsbehörden*, habilités à donner directement des ordres et à exercer la contrainte;
2. les agents des douanes, aux conditions définies dans des arrangements bilatéraux appropriés au sens de l'article 41, paragraphe 10, de la Convention de 1990, en ce qui concerne leurs compétences dans les domaines du trafic illicite de stupéfiants et de substances psychotropes, d'armes et d'explosifs ainsi que du transport illicite de déchets toxiques et nuisibles.

Article 4

Le ministère compétent visé à l'article 65 paragraphe 2 de la Convention de 1990 est, en ce qui concerne la République d'Autriche: le Ministère fédéral de la Justice.

Article 5

1. Le présent Accord sera soumis à ratification, approbation ou acceptation. Les instruments de ratification, d'approbation ou d'acceptation seront déposés auprès du Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg; celui-ci notifie le dépôt à toutes les Parties contractantes.

2. Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suit le dépôt des instruments de ratification, d'approbation ou d'acceptation par les Etats pour lesquels la Convention de 1990 est entrée en vigueur et par la République d'Autriche.

A l'égard des autres Etats, le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suit le dépôt de leurs instruments de ratification, d'approbation ou d'acceptation, pour autant que le présent Accord soit entré en vigueur conformément aux dispositions de l'alinéa précédent.

3. Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg notifie la date de l'entrée en vigueur à chacune des Parties contractantes.

Article 6

Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg remet au Gouvernement de la

reaktion für die öffentliche Sicherheit im Bundesministerium für Inneres.

Artikel 3

Voor de Republiek Oostenrijk zijn de ambtenaren als bedoeld in artikel 41, lid 7, van de Overeenkomst van 1990:

1. de organen van de *Öffentliche Sicherheitsdienst*, zijnde:
 - de leden van de *Bundesgendarmerie*,
 - de leden van het *Bundessicherheitswachekorps*,
 - de leden van het *Kriminalbeamtenkorps*,
 - de tot het bevelen en direct toepassen van dwangmiddelen bevoegde ambtenaren van de *rechtskundige Dienst bei Sicherheitsbehörden*;
2. onder de in desbetreffende bilaterale overeenkomsten als bedoeld in artikel 41, lid 10, van de Overeenkomst van 1990 vastgestelde voorwaarden met betrekking tot hun bevoegdheden op het gebied van sluikhandel in verdovende middelen en psychotrope stoffen, sluikhandel in wapens en explosieven en illegaal vervoer van giftige en schadelijke afvalstoffen: de douane-ambtenaren.

Artikel 4

Voor de Republiek Oostenrijk is het Ministerie als bedoeld in artikel 65, lid 2, van de Overeenkomst van 1990: het Bondsministerie van Justitie.

Artikel 5

1. Deze Overeenkomst dient te worden bekrachtigd, aanvaard of goedgekeurd. De akten van bekrachtiging, aanvaarding of goedkeuring worden bij de Regering van het Groothertogdom Luxemburg nedergelegd; deze geeft aan de Overeenkomstsluitende Partijen kennis van de nederlegging.

2. Deze Overeenkomst treedt in werking op de eerste dag van de tweede maand volgend op de datum van nederlegging van de akten van bekrachtiging, aanvaarding of goedkeuring door de Staten voor wie de Overeenkomst van 1990 in werking is getreden, en door de Republiek Oostenrijk.

Voor de overige Staten treedt deze Overeenkomst in werking op de eerste dag van de tweede maand volgend op de datum van nederlegging van hun akten van bekrachtiging, aanvaarding of goedkeuring, mits deze Overeenkomst overeenkomstig het bepaalde in voorgaande alinea in werking is getreden.

3. De Regering van het Groothertogdom Luxemburg geeft de Overeenkomstsluitende Partijen kennis van de datum van inwerkingtreding.

Artikel 6

De Regering van het Groothertogdom Luxemburg zendt de Regering van de Re-

Republik Österreich eine beglaubigte Abschrift des Übereinkommens von 1990 in deutscher, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Brüssel am achtundzwanzigsten April neunzehnhundertfünfundneunzig in deutscher, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die bei der Regierung des Großherzogtums Luxemburg hinterlegt wird; diese übermittelt jeder Vertragspartei eine beglaubigte Abschrift.

République d'Autriche une copie certifiée conforme de la Convention de 1990 en langues allemande, espagnole, française, grecque, italienne, néerlandaise et portugaise.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

Fait à Bruxelles, le vingt-huit avril mil neuf cent quatre-vingt-quinze, en langues allemande, espagnole, française, grecque, italienne, néerlandaise et portugaise, les sept textes faisant également foi, en un exemplaire original qui sera déposé dans les archives du Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg, qui remettra une copie certifiée conforme à chacune des Parties contractantes.

publiek Oostenrijk een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift toe van de Overeenkomst van 1990 in de Duitse, de Franse, de Griekse, de Italiaanse, de Nederlandse, de Portugese en de Spaanse taal.

Ten blijke waarvan de ondergetekenden, daartoe naar behoren gemachtigd, deze Overeenkomst hebben ondertekend.

Gedaan te Brussel, op achtentwintig april negentienhonderdvijfennegentig, in de Duitse, de Franse, de Griekse, de Italiaanse, de Nederlandse, de Portugese en de Spaanse taal, zijnde zeven teksten in elk van deze talen gelijkelijk authentiek, in een origineel dat zal worden nedergelegd bij de Regering van het Groothertogdom Luxemburg, die een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift daarvan aan alle Overeenkomstsluitende Partijen toezendt.

Schlußakte

I. Bei der Unterzeichnung des Übereinkommens über den Beitritt der Republik Österreich zu dem am 19. Juni 1990 in Schengen unterzeichneten Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der BENELUX-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen, dem die Italienische Republik, das Königreich Spanien und die Portugiesische Republik sowie die Griechische Republik jeweils mit den Übereinkommen vom 27. November 1990, vom 25. Juni 1991 und vom 6. November 1992 beigetreten sind, macht sich die Regierung der Republik Österreich die Schlußakte, das Protokoll und die Gemeinsame Erklärung der Minister und Staatssekretäre, die bei der Unterzeichnung des Übereinkommens von 1990 unterzeichnet wurden, zu eigen.

Die Regierung der Republik Österreich schließt sich den darin enthaltenen gemeinsamen Erklärungen an und nimmt die darin enthaltenen einseitigen Erklärungen entgegen.

Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg übermittelt der Regierung der Republik Österreich eine beglaubigte Abschrift der Schlußakte, des Protokolls und der Gemeinsamen Erklärung, die bei der Unterzeichnung des Übereinkommens von 1990 unterzeichnet wurden, in deutscher, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache.

II. Bei der Unterzeichnung des Übereinkommens über den Beitritt der Republik Österreich zu dem am 19. Juni 1990 in Schengen unterzeichneten Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der BENELUX-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen, dem die Italienische Republik, das Königreich Spanien und die Portugiesische Republik sowie die Griechische Republik jeweils mit den Übereinkommen vom 27. November 1990, vom 25. Juni 1991 und vom 6. November 1992 beigetreten sind, haben die Vertragsparteien folgende Erklärungen angenommen:

1) Gemeinsame Erklärung zu Artikel 5 des Beitrittsübereinkommens

Die Vertragsparteien unterrichten sich schon vor Inkrafttreten des Beitrittsübereinkommens über alle Umstände, die für die Vertragsmaterie des Übereinkommens von 1990 und für die Inkraftsetzung des Bei-

Acte Final

I. Au moment de la signature de l'Accord d'adhésion de la République d'Autriche à la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 entre les Gouvernements des Etats de l'Union économique Benelux, de la République fédérale d'Allemagne et de la République française relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes, signée à Schengen le 19 juin 1990, à laquelle ont adhéré la République italienne, le Royaume d'Espagne et la République portugaise, et la République hellénique par les Accords signés respectivement le 27 novembre 1990, le 25 juin 1991 et 6 novembre 1992, le Gouvernement de la République d'Autriche souscrit à l'Acte final, au Procès-verbal et à la Déclaration commune des Ministres et Secrétaires d'Etat signés au moment de la signature de la Convention de 1990.

Le Gouvernement de la République d'Autriche souscrit aux Déclarations communes et prend note des Déclarations unilatérales qu'ils contiennent.

Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg remet au Gouvernement de la République d'Autriche une copie certifiée conforme de l'Acte final, du Procès-verbal et de la Déclaration commune des Ministres et Secrétaires d'Etat signés au moment de la signature de la Convention de 1990, en langues allemande, espagnole, française, grecque, italienne, néerlandaise et portugaise.

II. Au moment de la signature de l'Accord d'adhésion de la République d'Autriche à la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 entre les Gouvernements des Etats de l'Union économique Benelux, de la République fédérale d'Allemagne et de la République française relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes, signée à Schengen le 19 juin 1990, à laquelle la République italienne, le Royaume d'Espagne et la République portugaise, et la République hellénique ont adhéré par les Accords signés respectivement le 27 novembre 1990, le 25 juin 1991 et le 6 novembre 1992, les Parties contractantes ont adopté les Déclarations suivantes:

1. Déclaration commune concernant l'article 5 de l'Accord d'adhésion.

Les Parties contractantes s'informent mutuellement, dès avant l'entrée en vigueur de l'Accord d'adhésion, de toutes les circonstances qui revêtent une importance pour les matières visées par la Convention de 1990

Slotakte

I. Bij de ondertekening van de Overeenkomst betreffende de toetreding van de Republiek Oostenrijk tot de Overeenkomst ter uitvoering van het tussen de Regeringen van de Staten van de Benelux Economische Unie, de Bondsrepubliek Duitsland en de Franse Republiek op 14 juni 1985 te Schengen ondertekende Akkoord betreffende de geleidelijke afschaffing van de controles aan de gemeenschappelijke grenzen, ondertekend te Schengen op 19 juni 1990, waartoe de Italiaanse Republiek, het Koninkrijk Spanje en de Portugese Republiek, en de Helleense Republiek bij de Overeenkomsten van respectievelijk 27 november 1990, 25 juni 1991 en 6 november 1992 zijn toegetreden, onderschrijft de Regering van de Republiek Oostenrijk de bij ondertekening van de Overeenkomst van 1990 ondertekende Slotakte, Protocol en Gemeenschappelijke Verklaring van de Ministers en Staatssecretarissen.

De Regering van de Republiek Oostenrijk onderschrijft de daarin vervatte gemeenschappelijke verklaringen en neemt nota van de daarin vervatte eenzijdige verklaringen.

De Regering van het Groothertogdom Luxemburg zendt de Regering van de Republiek Oostenrijk een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift toe van de bij de ondertekening van de Overeenkomst van 1990 ondertekende Slotakte, Protocol en Gemeenschappelijke Verklaring van de Ministers en Staatssecretarissen, in de Duitse, de Franse, de Griekse, de Italiaanse, de Nederlandse, de Portugese en de Spaanse taal.

II. Bij de ondertekening van de Overeenkomst betreffende de toetreding van de Republiek Oostenrijk tot de Overeenkomst ter uitvoering van het tussen de Regeringen van de Staten van de Benelux Economische Unie, de Bondsrepubliek Duitsland en de Franse Republiek op 14 juni 1985 te Schengen ondertekende Akkoord betreffende de geleidelijke afschaffing van de controles aan de gemeenschappelijke grenzen, ondertekend te Schengen op 19 juni 1990, waartoe de Italiaanse Republiek, het Koninkrijk Spanje en de Portugese Republiek, en de Helleense Republiek bij de Overeenkomsten van respectievelijk 27 november 1990, 25 juni 1991 en 6 november 1992 zijn toegetreden, hebben de Overeenkomstsluitende Partijen onderstaande verklaringen aangenomen:

1. Gemeenschappelijke Verklaring inzake artikel 5 van de Overeenkomst betreffende de toetreding

De Overeenkomstsluitende Partijen informeren elkaar reeds vóór de inwerkingtreding van de Overeenkomst betreffende de toetreding omtrent alle omstandigheden die voor de door de Overeenkomst van 1990

trittsübereinkommens von Bedeutung sind.

Das Beitrittsübereinkommen wird zwischen den Staaten, in denen das Übereinkommen von 1990 in Kraft gesetzt wurde, und der Republik Österreich erst in Kraft gesetzt, wenn die Voraussetzungen der Anwendung des Übereinkommens von 1990 in allen diesen Staaten gegeben sind und die Kontrollen an den Außengrenzen dort tatsächlich durchgeführt werden.

Für die übrigen Staaten wird dieses Beitrittsübereinkommen jeweils erst in Kraft gesetzt, wenn die Voraussetzungen der Anwendung des Übereinkommens von 1990 dort gegeben sind und die Kontrollen an den Außengrenzen dort tatsächlich durchgeführt werden.

2) Gemeinsame Erklärung zu Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens von 1990

Die Vertragsparteien stellen fest, daß zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Übereinkommens über den Beitritt der Republik Österreich zu dem Übereinkommen von 1990 als gemeinsame Visumregelung nach Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens von 1990 die ab dem 19. Juni 1990 zwischen den Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens von 1990 angewandte gemeinsame Visumregelung gilt.

III. Die Vertragsparteien nehmen die Erklärung der Regierung der Republik Österreich zu den Beitrittsübereinkommen der Italienischen Republik, der Portugiesischen Republik und des Spanischen Königreiches sowie der Griechischen Republik entgegen:

Die Regierung der Republik Österreich nimmt den Inhalt der jeweils am 27. November 1990, am 25. Juni 1991 und am 6. November 1992 geschlossenen Beitrittsübereinkommen der Italienischen Republik, der Portugiesischen Republik und des Spanischen Königreiches sowie der Griechischen Republik zu dem Übereinkommen von 1990 sowie den Inhalt der den genannten Übereinkommen beigefügten Schlußakten und Erklärungen zu Kenntnis.

Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg übermittelt der Regierung der Republik Österreich eine beglaubigte Abschrift der genannten Urkunden.

Geschehen zur Brüssel am achtundzwanzigsten April neunzehnhundertfünfundneunzig in deutscher, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die bei der Regierung des Großherzogtums Luxemburg hinterlegt wird; diese übermittelt jeder Vertragspartei eine beglaubigte Abschrift.

et pour la mise en vigueur de l'Accord d'adhésion.

Le présent Accord d'adhésion ne sera mis en vigueur entre les Etats pour lesquels la Convention de 1990 est mise en vigueur et la République d'Autriche que lorsque les conditions préalables à l'application de la Convention de 1990 seront remplies dans tous ces Etats et que les contrôles aux frontières extérieures y seront effectifs.

A l'égard de chacun des autres Etats, le présent Accord d'adhésion ne sera mis en vigueur que lorsque les conditions préalables à l'application de la Convention de 1990 seront remplies dans cet Etat et que les contrôles aux frontières extérieures y seront effectifs.

2. Déclaration commune concernant l'article 9 paragraphe 2 de la Convention de 1990.

Les Parties contractantes précisent qu'au moment de la signature de l'Accord d'adhésion de la République d'Autriche à la Convention de 1990, le régime commun de visa auquel se réfère l'article 9 paragraphe 2 de la Convention de 1990 s'entend du régime commun aux Parties Signataires de ladite Convention appliqué à partir du 19 juin 1990.

III. Les Parties contractantes prennent acte de la Déclaration de la République d'Autriche relative aux Accords d'adhésion de la République italienne, du Royaume d'Espagne et de la République portugaise, et de la République hellénique.

Le Gouvernement de la République d'Autriche prend note du contenu des Accords relatifs à l'adhésion de la République italienne, du Royaume d'Espagne et de la République portugaise, et de la République hellénique à la Convention de 1990, signés respectivement le 27 novembre 1990, le 25 juin 1991 et le 6 novembre 1992, ainsi que du contenu des Actes finaux et des Déclarations annexés auxdits Accords.

Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg remettra une copie certifiée conforme des instruments précités au Gouvernement de la République d'Autriche.

Fait à Bruxelles, le vingt-huit avril mil neuf cent quatre-vingt-quinze, en langues allemande, espagnole, française, grecque, italienne, néerlandaise et portugaise, les sept textes faisant également foi, en un exemplaire original qui sera déposé dans les archives du Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg, qui remettra une copie certifiée conforme à chacune des Parties contractantes.

bestreken materie en de inwerkingstelling van de Overeenkomst betreffende de toetreding relevant zijn.

Deze Overeenkomst wordt tussen de Staten voor wie de Overeenkomst van 1990 in werking is gesteld, en voor de Republiek Oostenrijk niet in werking gesteld dan nadat aan de voorwaarden voor toepassing van de Overeenkomst van 1990 in al die Staten is voldaan en de controles aan de buitengrenzen aldaar effectief zijn.

Voor elk van de overige Staten wordt deze Overeenkomst niet in werking gesteld dan nadat aan de voorwaarden voor toepassing van de Overeenkomst van 1990 in die Staat is voldaan en de controles aan de buitengrenzen aldaar effectief zijn.

2. Gemeenschappelijke Verklaring inzake artikel 9, lid 2, van de Overeenkomst van 1990

De Overeenkomstsluitende Partijen preciseren bij ondertekening van de Overeenkomst betreffende de toetreding van de Republiek Oostenrijk tot de Overeenkomst van 1990, met betrekking tot artikel 9, lid 2, van de Overeenkomst van 1990, dat tussen hen een gemeenschappelijke visumregeling bestaat, zoals deze sedert 19 juni 1990 tussen de ondertekenende Staten van laatstbedoelde Overeenkomst van toepassing is.

III. De Overeenkomstsluitende Partijen nemen nota van de Verklaring van de Regering van de Republiek Oostenrijk inzake de Overeenkomsten betreffende de toetreding van de Italiaanse Republiek, het Koninkrijk Spanje en de Portugese Republiek, en de Helleense Republiek.

De Regering van de Republiek Oostenrijk neemt kennis van de inhoud van de Overeenkomsten van 27 november 1990, 25 juni 1991 en 6 november 1992 betreffende de toetreding van respectievelijk de Italiaanse Republiek, het Koninkrijk Spanje en de Portugese Republiek, en de Helleense Republiek tot de Overeenkomst van 1990, alsmede van de inhoud van de aan deze Overeenkomsten gehechte Slotaktes en Verklaringen.

De Regering van het Groothertogdom Luxemburg zendt de Regering van de Republiek Oostenrijk een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift toe van bovengenoemde Overeenkomsten.

Gedaan te Brussel, op achtentwintig april negentienhonderdvijfennegentig, in de Duitse, de Franse, de Griekse, de Italiaanse, de Nederlandse, de Portugese en de Spaanse taal, zijnde zeven teksten in elk van deze talen gelijkelijk authentiek, in een origineel dat zal worden nedergelegd bij de Regering van het Groothertogdom Luxemburg, die een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift daarvan aan alle Overeenkomstsluitende Partijen toezendt.

**Protokoll über den Beitritt
der Regierung der Republik Österreich
zu dem Übereinkommen von Schengen vom 14. Juni 1985
zwischen den Regierungen der Staaten der BENELUX-Wirtschaftsunion,
der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen,
in der Fassung der Protokolle vom 27. November 1990, 25. Juni 1991 und 6. November 1992
über den jeweiligen Beitritt der Regierungen der Italienischen Republik, des Königreichs Spanien
und der Portugiesischen Republik sowie der Griechischen Republik**

**Protocole d'adhésion
du Gouvernement de la République d'Autriche
à l'Accord entre les Gouvernements des Etats de l'Union économique Benelux,
de la République fédérale d'Allemagne et de la République française
relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes
signé à Schengen le 14 juin 1985,
tel qu'amendé par les Protocoles relatifs à l'adhésion des Gouvernements
de la République italienne, du Royaume d'Espagne
et de la République portugaise, et de la République hellénique,
signés respectivement le 27 novembre 1990, le 25 juin 1991 et le 6 novembre 1992**

**Protocol betreffende de toetreding
van de Regering van de Republiek Oostenrijk
tot het Akkoord tussen de Regeringen van de Staten
van de Benelux Economische Unie, de Bondsrepubliek Duitsland en de Franse Republiek
betreffende de geleidelijke afschaffing van de controles
aan de gemeenschappelijke grenzen, ondertekend te Schengen op 14 juni 1985,
zoals gewijzigd bij de Protocollen van 27 november 1990,
25 juni 1991 en 6 november 1992 betreffende de toetreding
van de Regeringen van respectievelijk de Italiaanse Republiek, het Koninkrijk Spanje
en de Portugese Republiek, en de Helleense Republiek**

Die Regierung des Königreichs Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg und des Königreichs der Niederlande, Vertragsparteien des am 14. Juni 1985 in Schengen unterzeichneten Übereinkommens betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen, nachfolgend „das Übereinkommen“ genannt, sowie die Regierungen der Italienischen Republik, des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik sowie der Griechischen Republik, die dem Übereinkommen jeweils mit den Protokollen vom 27. November 1990, 25. Juni 1991 und 6. November 1992 beigetreten sind, einerseits

und die Regierung der Republik Österreich andererseits

unter Berücksichtigung der bereits innerhalb der Europäischen Union im Hinblick auf den freien Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr verwirklichten Fortschritte;

Les Gouvernements du Royaume de Belgique, de la République fédérale d'Allemagne, de la République française, du Grand-Duché de Luxembourg et du Royaume des Pays-Bas, Parties à l'Accord relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes, signé à Schengen le 14 juin 1985, ci-après dénommé «l'Accord», ainsi que les Gouvernements de la République italienne, du Royaume d'Espagne et de la République portugaise, et de la République hellénique qui ont adhéré à l'Accord par les Protocoles signés respectivement le 27 novembre 1990, le 25 juin 1991, et le 6 novembre 1992, d'une part,

et le Gouvernement de la République d'Autriche, d'autre part,

Considérant les progrès déjà réalisés au sein de l'Union européenne en vue d'assurer la libre circulation des personnes, des marchandises et des services,

De Regeringen van het Koninkrijk België, de Bondsrepubliek Duitsland, de Franse Republiek, het Groothertogdom Luxemburg en het Koninkrijk der Nederlanden, Partijen bij het Akkoord betreffende de geleidelijke afschaffing van de controles aan de gemeenschappelijke grenzen, ondertekend te Schengen op 14 juni 1985, hierna genoemd „het Akkoord“, alsmede de Regeringen van de Italiaanse Republiek, het Koninkrijk Spanje en de Portugese Republiek, en de Helleense Republiek die door middel van de Protocollen van respectievelijk 27 november 1990, 25 juni 1991 en 6 november 1992 tot het Akkoord zijn toegetreden, enerzijds,

en de Regering van de Republiek Oostenrijk, anderzijds,

overwegende de vooruitgang die in het kader van de Europese Unie reeds is geboekt bij de totstandbrenging van het vrije verkeer van personen, goederen en diensten,

im Hinblick darauf, daß auch die Regierung der Republik Österreich von dem Willen, an den Binnengrenzen die Kontrollen des Personenverkehrs abzuschaffen und den Transport sowie den Waren- und Dienstleistungsverkehr zu erleichtern, getragen ist;

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Durch dieses Protokoll tritt die Regierung der Republik Österreich dem Übereinkommen in der Fassung der Protokolle vom 27. November 1990, 25. Juni 1991 und 6. November 1992 über den jeweiligen Beitritt der Regierungen der Italienischen Republik, des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik sowie der Griechischen Republik bei.

Artikel 2

In Artikel 1 des Übereinkommens werden die Worte „der Republik Österreich“ nach den Worten „des Königreichs der Niederlande“ angefügt.

Artikel 3

In Artikel 8 des Übereinkommens werden die Worte „der Republik Österreich“ nach den Worten „des Königreichs der Niederlande“ angefügt.

Artikel 4

(1) Die Unterzeichnung dieses Protokolls erfolgt ohne einen Vorbehalt der Ratifikation oder Billigung oder unter dem Vorbehalt der Ratifikation oder Billigung.

(2) Dieses Protokoll tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen der Staaten, für die das Übereinkommen in Kraft getreten ist, und die Regierung der Republik Österreich ihre Zustimmung zum Ausdruck gegeben haben, durch dieses Protokoll gebunden zu sein.

Für die übrigen Staaten tritt dieses Protokoll am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem jeder dieser Staaten seine Zustimmung zum Ausdruck gebracht hat, durch dieses Protokoll gebunden zu sein, sofern dieses Protokoll gemäß den Bestimmungen des vorhergehenden Unterabsatzes in Kraft getreten ist.

(3) Dieses Protokoll wird bei der Regierung des Großherzogtums Luxemburg hinterlegt, die den anderen Unterzeichnerregierungen eine beglaubigte Abschrift übermittelt. Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg notifiziert den anderen Unterzeichnerregierungen das Datum des Inkrafttretens des Protokolls.

Artikel 5

Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg übermittelt der Regierung der Republik Österreich eine beglaubigte Ab-

Pretenant acte de ce que le Gouvernement de la République d'Autriche partage la volonté de parvenir à la suppression des contrôles aux frontières intérieures dans la circulation des personnes et d'y faciliter le transport et la circulation des marchandises et des services,

sont convenus de ce qui suit:

Article premier

Par le présent Protocole, le Gouvernement de la République d'Autriche adhère à l'Accord tel qu'amendé par les Protocoles relatifs à l'adhésion des Gouvernements de la République italienne, du Royaume d'Espagne et de la République portugaise, et de la République hellénique, signés respectivement le 27 novembre 1990, le 25 juin 1991, et le 6 novembre 1992.

Article 2

A l'article premier de l'Accord, les mots «de la République d'Autriche» sont ajoutés après les mots «du Royaume des Pays-Bas».

Article 3

A l'article 8 de l'Accord, les mots «de la République d'Autriche» sont ajoutés après les mots «du Royaume des Pays-Bas».

Article 4

1. Le présent Protocole est signé sans réserve de ratification ou d'approbation ou sous réserve de ratification ou d'approbation.

2. Le présent Protocole entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suit la date à laquelle les Gouvernements des Etats pour lesquels l'Accord est entré en vigueur et le Gouvernement de la République d'Autriche ont exprimé leur consentement à être liés par ce Protocole.

A l'égard des autres Etats, le présent Protocole entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suit la date à laquelle chacun de ces Etats aura exprimé son consentement à être lié par ce Protocole, pour autant que le présent Protocole soit entré en vigueur conformément aux dispositions de l'alinéa précédent.

3. Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg est dépositaire du présent Protocole; il en remet une copie certifiée conforme à chacun des autres Gouvernements signataires. Il leur notifie également la date d'entrée en vigueur.

Article 5

Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg remet au Gouvernement de la République d'Autriche une copie certifiée

ervan kennis nemend dat de Regering van de Republiek Oostenrijk evenzeer geleid wordt door de wens te bereiken, dat de controles aan de binnengrenzen op het verkeer van personen worden opgeheven en het vervoer en het verkeer van goederen en diensten worden vergemakkelijkt,

zijn het volgende overeengekomen:

Artikel 1

Bij dit Protocol treedt de Regering van de Republiek Oostenrijk toe tot het Akkoord, zoals gewijzigd bij de Protocollen van 27 november 1990, 25 juni 1991 en 6 november 1992 betreffende de toetreding van de Regeringen van respectievelijk de Italiaanse Republiek, het Koninkrijk Spanje en de Portugese Republiek, en van de Helleense Republiek.

Artikel 2

In artikel 1 van het Akkoord, worden de woorden „de Republiek Oostenrijk“ toegevoegd na de woorden „het Koninkrijk der Nederlanden“.

Artikel 3

In artikel 8 van het Akkoord, worden de woorden „de Republiek Oostenrijk“ toegevoegd na de woorden „het Koninkrijk der Nederlanden“.

Artikel 4

1. Dit Protocol wordt zonder voorbehoud van bekrachtiging of goedkeuring, dan wel onder voorbehoud van bekrachtiging of goedkeuring ondertekend.

2. Dit Protocol treedt in werking op de eerste dag van de tweede maand volgend op de dag waarop de Regeringen van de Staten voor wie het Akkoord in werking is getreden en de Regering van de Republiek Oostenrijk hun instemming tot uitdrukking hebben gebracht, door dit Protocol gebonden te zijn.

Voor de overige Staten treedt dit Protocol in werking op de eerste dag van de tweede maand volgend op de dag waarop ieder van hen zijn instemming tot uitdrukking heeft gebracht, door dit Protocol gebonden te zijn, mits dit Protocol overeenkomstig het bepaalde in voorgaande alinea in werking is getreden.

3. Dit Protocol wordt nedergelegd bij de Regering van het Groothertogdom Luxemburg, die een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift daarvan zendt aan elke andere Regering die dit Protocol heeft ondertekend. De Regering van het Groothertogdom Luxemburg geeft kennis van de datum van inwerkingtreding van dit Protocol aan deze Regeringen.

Artikel 5

De Regering van het Groothertogdom Luxemburg zendt de Regering van de Republiek Oostenrijk een voor eensluidend ge-

schrift des Übereinkommens in deutscher, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Brüssel am achtundzwanzigsten April neunzehnhundertfünfundneunzig in deutscher, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

conforme de l'Accord en langues allemande, espagnole, française, grecque, italienne, néerlandaise et portugaise.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont apposé leurs signatures au bas du présent Protocole.

Fait à Bruxelles, le vingt-huit avril mil neuf cent quatre-vingt-quinze, en langues allemande, espagnole, française, grecque, italienne, néerlandaise et portugaise, les sept textes faisant également foi.

waarmerkt afschrift van het Akkoord in de Duitse, de Franse, de Griekse, de Italiaanse, de Nederlandse, de Portugese en de Spaanse taal.

Ten blijke waarvan de ondergetekenden, daartoe naar behoren gemachtigd, dit Protocol hebben ondertekend.

Gedaan te Brussel, op achtentwintig april negentienhonderdvijfennegentig, in de Duitse, de Franse, de Griekse, de Italiaanse, de Nederlandse, de Portugese en de Spaanse taal, zijnde de teksten in elk van deze talen gelijkelijk authentiek.

Denkschrift zu dem Übereinkommen vom 28. April 1995 über den Beitritt der Republik Österreich zum Schengener Durchführungsübereinkommen

Das Schengener Durchführungsübereinkommen vom 19. Juni 1990 versteht sich als Vorläufer und Modell für Regelungen, die auch im Rahmen der 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union erreicht werden sollen. In Artikel 140 Abs. 1 ist ausdrücklich bestimmt, daß jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union diesem Durchführungsübereinkommen beitreten kann. Der Beitritt wird in einem Übereinkommen zwischen dem Staat und den Vertragsparteiern geregelt. 1990 ist die Italienische Republik, 1991 sind das Königreich Spanien und die Portugiesische Republik sowie 1992 die Griechische Republik dem Durchführungsübereinkommen beigetreten.

Das Durchführungsübereinkommen wurde am 26. März 1995 für Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Spanien in Kraft gesetzt.

Wesentlicher Vertragsinhalt

Kernstück des Übereinkommens vom 28. April 1995 über den Beitritt der Republik Österreich ist Artikel 1, wonach die Republik Österreich dem Durchführungsübereinkommen beitrifft.

In Artikel 2 werden zum einen die Beamten bezeichnet, die zu einer grenzüberschreitenden Observation befugt sind, zum anderen die Behörde, die das Ersuchen um grenzüberschreitende Observation bewilligen kann oder entgegenzunehmen hat bzw. der die Observation in Eilfällen mitzuteilen ist. Die Vertragsparteien vom 19. Juni 1990 haben diese Festlegung in Artikel 40 Abs. 4 und 5 des Schengener Übereinkommens vorgenommen. Für Italien, Spanien, Portugal und Griechenland ist die entsprechende Bezeichnung in den jeweiligen Beitrittsübereinkommen enthalten.

In Artikel 3 werden diejenigen Beamten aufgeführt, die nach Artikel 41 Abs. 7 und 10 des Übereinkommens von 1990 zur grenzüberschreitenden Nachhilfe berechtigt sind.

Artikel 4 bestimmt das Ministerium, an das bei Benutzung des justizministeriellen Geschäftsweges (Artikel 65 Abs. 2 des Übereinkommens von 1990) Auslieferungs- und Durchbeförderungsersuchen zu richten sind.

Die Artikel 5 und 6 enthalten Regelungen zur Ratifikation, dem Inkrafttreten und der Modifizierung sowie der Übermittlung der Vertragstexte.

Schlußakte

In der zu dem Beitrittsübereinkommen gehörenden Schlußakte erklärt die Republik Österreich, daß sie sich die Schlußakte, das Protokoll und die gemeinsame Erklärung der Minister und Staatssekretäre, die bei der Unterzeichnung des Durchführungsübereinkommens vom 19. Juni 1990 unterzeichnet wurden, zu eigen macht, sich den darin enthaltenen gemeinsamen Erklärungen anschließt und die darin enthaltenen einseitigen Erklärungen entgegennimmt. Weiterhin werden in der Schlußakte von den Vertragsparteien gemeinsame Erklärungen zu Artikel 5 des Beitrittsübereinkommens und zu Artikel 9 Abs. 2 des Durchführungsübereinkommens angenommen. Schließlich nehmen die Vertragsparteien Erklärungen der Republik Österreich zu den Beitrittsübereinkommen der Italienischen Republik, des Königreichs Spanien, der Portugiesischen Republik und der Griechischen Republik entgegen.

Erklärung der Minister und Staatssekretäre

Anläßlich der Unterzeichnung des Übereinkommens über den Beitritt der Republik Österreich haben die Minister und Staatssekretäre politische Erklärungen abgegeben, in denen die Unterzeichnung des Beitrittsübereinkommens bestätigt und zur Kenntnis genommen wurde, daß der Vertreter der Republik Österreich erklärt hat, sich der am 19. Juni 1990 abgegebenen Erklärung und dem zum selben Zeitpunkt aus Anlaß der Unterzeichnung des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen bestätigten Beschluß, denen die Regierungen der Italienischen Republik, des Königreichs Spanien, der Portugiesischen Republik und der Griechischen Republik beigetreten sind, anzuschließen. Diese Erklärung ist in der Anlage zur Denkschrift abgedruckt.

Erklärung der Minister
und Staatssekretäre

Am achtundzwanzigsten April neunzehnhundertfünfundneunzig haben die Vertreter der Regierungen des Königreichs Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Griechischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs der Niederlande, der Republik Österreich, des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik in Brüssel das Übereinkommen über den Beitritt der Republik Österreich zu dem am 19. Juni 1990 in Schengen unterzeichneten Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der BENELUX-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen, dem die Italienische Republik, das Königreich Spanien, die Portugiesische Republik und die Griechische Republik jeweils mit den Übereinkommen vom 27. November 1990, vom 25. Juni 1991 und vom 6. November 1992 beigetreten sind, unterzeichnet.

Sie haben zur Kenntnis genommen, daß der Vertreter der Regierung der Republik Österreich erklärt hat, sich der am 19. Juni 1990 durch die Minister und Staatssekretäre, Vertreter der Regierungen des Königreichs Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg und des Königreichs der Niederlande abgegebenen Erklärung und dem zum selben Zeitpunkt aus Anlaß der Unterzeichnung des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen bestätigten Beschlusses, denen die Regierungen der Italienischen Republik, des Königreichs Spanien, der Portugiesischen Republik und der Griechischen Republik beigetreten sind, anzuschließen.

Déclaration des ministres
et secrétaires d'Etat

Le vingt-huit avril mil neuf cent quatre-vingt-quinze, les représentants des Gouvernements du Royaume de Belgique, de la République fédérale d'Allemagne, de la République hellénique, du Royaume d'Espagne, de la République française, de la République italienne, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume des Pays-Bas, de la République d'Autriche et de la République portugaise ont signé à Bruxelles l'Accord d'adhésion de la République d'Autriche à la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 entre les Gouvernements des Etats de l'Union économique Benelux, de la République fédérale d'Allemagne et de la République française relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes, signée à Schengen le 19 juin 1990, à laquelle ont adhéré la République italienne, le Royaume d'Espagne et la République portugaise, et la République hellénique par les Accords signés respectivement le 27 novembre 1990, le 25 juin 1991 et le 6 novembre 1992.

Ils ont pris acte de ce que le représentant du Gouvernement de la République d'Autriche a déclaré s'associer à la déclaration faite à Schengen le 19 juin 1990 par les Ministres et Secrétaires d'Etat représentant les Gouvernements du Royaume de Belgique, de la République fédérale d'Allemagne, de la République française, du Grand-Duché de Luxembourg et du Royaume des Pays-Bas et à la décision confirmée à la même date à l'occasion de la signature de la Convention d'application de l'Accord de Schengen, déclaration et décision auxquelles se sont associés les Gouvernements de la République italienne, du Royaume d'Espagne, de la République portugaise et de la République hellénique.

Verklaring van de ministers
en staatssecretarissen

Op achtentwintig april negentienhonderdvijfennegentig hebben de vertegenwoordigers van de Regeringen van het Koninkrijk België, de Bondsrepubliek Duitsland, het Koninkrijk Spanje, de Franse Republiek, de Helleense Republiek, de Italiaanse Republiek, het Groothertogdom Luxemburg, het Koninkrijk der Nederlanden, de Republiek Oostenrijk en de Portugese Republiek te Brussel ondertekend de Overeenkomst betreffende de toetreding van de Republiek Oostenrijk tot de Overeenkomst ter uitvoering van het tussen de Regeringen van de Staten van de Benelux Economische Unie, de Bondsrepubliek Duitsland en de Franse Republiek op 14 juni 1985 te Schengen ondertekende Akkoord betreffende de geleidelijke afschaffing van de controles aan de gemeenschappelijke grenzen, ondertekend te Schengen op 19 juni 1990, waartoe de Italiaanse Republiek, het Koninkrijk Spanje en de Portugese Republiek, en de Helleense Republiek bij de Overeenkomsten van respectievelijk 27 november 1990, 25 juni 1991 en 6 november 1992 zijn toetreden.

Zij hebben ervan kennis genomen dat de vertegenwoordiger van de Regering van de Republiek Oostenrijk heeft verklaard zich aan te sluiten bij de Verklaring welke de Ministers en Staatssecretarissen, vertegenwoordigers van de Regeringen van het Koninkrijk België, de Bondsrepubliek Duitsland, de Franse Republiek, het Groothertogdom Luxemburg en het Koninkrijk der Nederlanden te Schengen op 19 juni 1990 hebben afgelegd, alsmede bij het besluit dat dezen op dezelfde datum ter gelegenheid van de ondertekening van de Overeenkomst ter uitvoering van het Akkoord van Schengen hebben bevestigd, welke verklaring en welk besluit de Regeringen van de Italiaanse Republiek, het Koninkrijk Spanje, de Portugese Republiek, en de Helleense Republiek hebben onderschreven.

31.01.97

Stellungnahme des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 28. April 1995 über den Beitritt der Republik Österreich zu dem am 19. Juni 1990 unterzeichneten Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 (Gesetz zum Beitritt der Republik Österreich zum Schengener Durchführungsübereinkommen)

Der Bundesrat hat in seiner 708. Sitzung am 31. Januar 1997 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu den Eingangsworten

Die Eingangsworte sind wie folgt zu fassen:

"Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:".

Begründung:

Die Zustimmung des Bundesrates ist gemäß Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, weil durch die Artikel 6, 7, 22, 23, 25 Abs. 1, Artikel 37, 38, 39 ff. (polizeiliche Zusammenarbeit, soweit die Polizei der Länder betroffen ist), Artikel 48 ff. (Rechtshilfe in Strafsachen, soweit sie von den Behörden der Länder vollzogen wird - vgl. insbesondere Artikel 53 Abs. 4 -), Artikel 57 (Auskünfte im Rahmen der Vorschriften über das Verbot der Doppelbestrafung), Artikel 59 ff. (Auslieferung, soweit die Vorschriften von Landesbehörden vollzogen werden - vgl. insbesondere Artikel 65 Abs. 2 -), Artikel 70 (Mitarbeit von Vertretern von Landesbehörden in der Arbeitsgruppe Betäubungsmittel) und Artikel 77 ff. (Vollzug des Waffenrechts) des Schengener Übereinkommens vom 19. Juni 1990 das Verwaltungungsverfahren von Landesbehörden geregelt und diese Regelungen nunmehr erweitert werden.

Der Bundesrat hat zum Gesetz zu dem Übereinkommen vom 6. November 1992 über den Beitritt der Griechischen Republik zu dem Schengener Übereinkommen vom 19. Juni 1990 (Gesetz zum Beitritt der Griechischen Republik zum Schengener Übereinkommen) bereits wie oben angeführt Stellung genommen.